

Betreff:Herbst der Reformen // Humanisierung der Arbeitswelt

Datum:Wed, 15 Oct 2025 09:59:31 +0200

Von:Alexander Roentgen

An:fraktion@cducsu.de

Kopie (CC):kah@cdu.de, info@cdu-nrw.de, post@cdu-rhein-erft.de, info@cdu-bergheim.de,
info@cda-bund.de, info@cda-nrw.de, vorsitzender@cda-rhein-erft.de

An die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Spahn,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich wohne in Bergheim an der Erft (bei Köln). In dieser Stadt erzielte die AfD bei der Wahl des Stadtrates am 14. September 18,45 % bei einer Wahlbeteiligung von 51,69 %. Der Bürgermeisterkandidat der AfD schaffte es in die Stichwahl, was nur in vier Städten in Nordrhein-Westfalen der Fall war.

Auf spiegel.de lese ich ("[Merz kündigt härtere Auseinandersetzung mit der AfD an](#)", 03.10.2025):

Er wolle diese Art des Rechtspopulismus in ganz Deutschland verhindern, sagte Merz. Er sei ganz sicher, dass ein ganz großer Teil der Menschen in Deutschland sehr gern in dem Land lebe und spüre, dass die Bundesregierung die Herausforderungen nun ernsthaft anpacke. Man werde die Probleme lösen und zeigen, dass niemand AfD wählen müsse.

Die AfD muss schon jetzt niemand wählen. Die Frage ist, warum so viele Menschen die AfD wählen. In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 9. Oktober 2025 bitte ich Sie, folgende Gedanken zur Kenntnis zu nehmen und bei möglichen Gesetzesänderungen im "Herbst der Reformen" zu berücksichtigen:

1.) In einem Interview sagte der Politikwissenschaftler **Christoph Butterwegge** bereits 2018 (2017 zog die AfD erstmals in den Bundestag ein) auf die Frage, wo aus seiner Sicht die Hauptursachen für das Erstarken der Rechten in Deutschland liegen würde (Quelle [hier](#)):

An erster Stelle nenne ich die soziale Spaltung. Sie hat maßgeblich zur politischen Spaltung der Gesellschaft beigetragen und verhindert, dass alle Bevölkerungsschichten vom wachsenden Wohlstand profitieren. Da sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr vertieft, erhöht sich der Druck auf die Mittelschicht, deren Angehörige sich in wirtschaftlichen Krisen und gesellschaftlichen Umbruch-Situationen erfahrungsgemäß aus Angst, zwischen Oben und Unten zerrieben zu werden, häufig nach rechts wenden. Heute erntet die AfD, was die Kohl-Regierungen und die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder mit ihrer „Agenda“-Politik und den Hartz-Gesetzen gesät haben. Neoliberalismus und Rechtspopulismus sind Brüder im Geiste, wenn es darum geht, den

„Wirtschaftsstandort Deutschland“ noch konkurrenzfähiger auf den Weltmärkten zu machen.

2.) Am 26. September 2025 erschien in der Süddeutschen Zeitung ein Interview mit dem französischen Soziologen **Didier Eribon** (‘‘Verraten von den Linken’’, online [hier](#)). Der sagte:

Frappierend ist, dass die Leute in ihrer Wut über soziale Einschnitte nicht links wählen, sondern die extreme Rechte. [...] Das Geld geht zu denen, die bereits Geld haben, es gibt wenige Möglichkeiten, seinem sozialen Schicksal zu entkommen und den Aufstieg zu schaffen. Also gibt es Verzweiflung, von der wiederum die extreme Rechte profitiert. [...] Wer die extreme Rechte bekämpfen will, der muss auch über die Verbesserung des öffentlichen Sektors nachdenken, bezahlbare Mieten [...]. Es wäre notwendig, die Strukturen der kollektiven Solidarität wiederherzustellen, die nach und nach zerstört wurden durch die neoliberale Politik unserer Regierungen.

3.) Heiner Geißler (Generalsekretär der CDU 1977 - 1989) sagte am 23. Mai 2011 (aus dem Buch "Von wegen nix zu machen" von Jürgen Becker et al, 2011):

Es ist ja noch nicht lange her, dass das Prekariat so groß geworden ist. Die Begründer der sozialen Marktwirtschaft würden sich im Grab umdrehen. Das wichtigste Buch, das Ludwig Erhard geschrieben hat, hieß "Wohlstand für Alle". Und das war auch tatsächlich so gemeint. Die alte soziale Frage wurde gelöst: Der Arbeiter war nicht mehr arm, weil er Arbeiter war. Nun gibt es eine neue Armut: Leute, die keine organisierbaren Interessen haben, nicht zuletzt einkommensschwache Familien mit Kindern. Dieses Prekariat ist völlig unbestritten das Ergebnis einer der schlechtesten, fehlerhaftesten politischen Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich der Agenda 2010. Durch die Agenda sind praktisch die sozialversicherungspflichtigen Vollzeit Arbeitsplätze zur Disposition gestellt worden. [...] Die Marktgläubigkeit ist die eigentliche Todsünde des heutigen Wirtschaftssystems, diese Marktgläubigkeit und die damit verbundene Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse. Der Mensch gilt umso mehr, je weniger er kostet, und er gilt umso weniger, je mehr kostet.

4.) Auf tagesschau.de ist zu lesen (["Mehrarbeit - die 'schwarze Pädagogik' der Bundesrepublik"](#), 27.09.2025):

Kanzler Merz wirbt für gesellschaftliche Kraftanstrengung, Mehrarbeit und Verzicht auf soziale Leistungen. Ähnliche Appelle gab es auch unter früheren Kanzlern - heute könnten die Aussagen für neue soziale Konflikte sorgen. [...]

Der Wirtschaftswissenschaftler [Stefan Sell] sieht darin den Ausdruck "einer in Deutschland tief verankerten schwarzen Pädagogik". Der politische Ansatz laute: "Du musst mit Druck, mit Drohung und mit negativen Gefühlen arbeiten, in der Hoffnung, die Leute damit zu einer Verhaltensänderung zwingen zu können."

Aus Sicht von Sell stehen Merz' Appelle in einer Linie mit Helmut Kohls berühmter Warnung von 1993, eine Nation "mit Zukunft" lasse "sich nicht als kollektiver

Freizeitpark" organisieren. Ähnliche Misstöne habe es auch während der rot-grünen Zeit der Hartz-Reformen gegeben. 2005 hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in einer Broschüre Arbeitslose mittelbar mit "Parasiten" verglichen.

5.) Heiner Flassbeck schreibt unter der Überschrift ["Der Sozialstaat – schon wieder das absurde Ziel einer irrsinnigen Attacke"](#) (25.09.2025):

Dieser „Sozialstaat“, so hören wir es aus allen konservativen Ecken und vorneweg vom Bundeskanzler, sei nicht mehr „finanzierbar“. Nur, was sollte daran nicht finanzierbar sein? Wenn die Menschen eine gute Gesundheitsversorgung wünschen, sich vor Altersarmut schützen wollen und sich bewusst gegen Arbeitslosigkeit absichern, warum sollten sie nicht 30 Prozent oder auch 35 Prozent ihres Einkommens dafür aufwenden. Welcher illiberale Geist will ihnen das verbieten? Und wem schadet das? Es gibt keinen Geschädigten, aber unglaublich viele Ankläger. Was soll das?

Dass auch die Sozialsysteme, wie alle menschengemachten Systeme, die wir auf dieser Welt haben, immer wieder einmal auf Effizienz und „Zielgenauigkeit“ geprüft werden müssen, ist eine Trivialität. Das zu tun, ist eine Daueraufgabe, hat aber nichts, absolut nichts mit Wirtschaftspolitik zu tun. Wenn man allerdings mit Gewalt die Sozialsysteme nutzt, um Wirtschaftspolitik zu betreiben, dann macht man sicher etwas falsch.

6.) Papst Leo XIV. schreibt in seinem ersten Lehrschreiben "Dilexi te" vom 4. Oktober 2025:

Indem er ein Reich der Gerechtigkeit, der Geschwisterlichkeit und der Solidarität errichten will, trägt er insbesondere diejenigen im Herzen, die diskriminiert und unterdrückt werden, und er fordert auch von uns, seiner Kirche, eine entschiedene und radikale Parteinahme für die Schwächsten. [...]

Es ist daher notwendig, weiterhin die »Diktatur einer Wirtschaft, die tötet« anzuprangern und anzuerkennen, dass »während die Einkommen einiger weniger exponentiell steigen, [...] die der Mehrheit immer weiter entfernt [sind] vom Wohlstand dieser glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht geht auf Ideologien zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen. [...]« [...]

Es wird normal, die Armen zu ignorieren und so zu leben, als ob es sie nicht gäbe. Es erscheint als vernünftige Entscheidung, die Wirtschaft so zu organisieren, dass vom Volk Opfer verlangt werden, um bestimmte Ziele zu erreichen, die für die Mächtigen von Interesse sind. Unterdessen werden den Armen nur „Tropfen“ versprochen, die so lange fallen werden, bis eine neue globale Krise sie wieder in die vorherige Situation zurückwirft. Dies ist eine wahre Entfremdung, die dazu führt, dass man nur theoretische Ausreden findet und nicht versucht, die konkreten Probleme der Notleidenden unverzüglich zu lösen.

Im Übrigen: 1986 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung das Büchlein "Politik für Arbeitnehmer" heraus (damals war Norbert Blüm Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung). Ein Kapitel darin trägt die Überschrift "Jeder soll sich am Arbeitsplatz wohlfühlen". Dort heißt es (S. 94): "Für die Gesundheit und das Wohlbefinden eines Menschen ist die Qualität des Arbeitsplatzes genauso wichtig wie seine private Umgebung." Auf den Seiten 96 und 97 geht es um die "Humanisierung der Arbeitswelt" (Scans [hier](#)):

Neue Techniken, neue Arbeitsabläufe und Produktionsverfahren erfordern auch neue Methoden, Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz zu vermeiden und zu beseitigen. Es geht darum, die Arbeit an die Fähigkeiten und Bedürfnisse des Menschen anzupassen und die menschliche Würde auch am Arbeitsplatz zu erhalten.

Deshalb gibt es das "Aktionsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens", das vom Bundesforschungsministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesarbeitsministerium getragen wird. Dieses Forschungsprogramm hat in den vergangenen Jahren wichtige Beiträge zu mehr Menschlichkeit im Arbeitsleben geleistet.

Ausgangspunkt für dieses Programm war die Erkenntnis, daß der betriebliche Arbeitsschutz in seiner traditionellen Form heute nicht mehr ausreicht. Neben Arbeitsunfällen und den seit vielen Jahren bekannten Berufskrankheiten spielen neue Krankheiten und psychische Belastungen beim Arbeitsablauf eine immer größere Rolle. [...] Auch die Einbindung in eine betriebliche Organisation, die wenig Spielraum für die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten läßt, trägt zur Belastung am Arbeitsplatz bei.

Das "Forschungsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens" soll helfen, solchen und ähnlichen Belastungen auf die Spur zu kommen und nach Wegen zu suchen, sie abzubauen.

Was ist aus dem "Aktionsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens" geworden? Sucht man auf Ihrer Homepage nach "Humanisierung", findet man: nichts.

Sind Sie bereit, sich für eine Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen -- dafür, dass jeder sich am Arbeitsplatz wohlfühlt, dass die Arbeit an die Fähigkeit und Bedürfnisse des Menschen angepasst wird, und dafür, dass die menschliche Würde auch am Arbeitsplatz erhalten wird? (Falls ja, bin ich gerne bereit, Ihnen oder der Bundesregierung dabei zu helfen.)

Mit freundlichem Gruß

Alexander Roentgen